



Rudolf Ramsauer,  
Direktor

*National- und Ständerat haben sich bei den Anschlüssen ans Hochleistungsnetz der europäischen Eisenbahnen (HGV) nicht für den bundesrätlichen Antrag entschieden, sondern diesen gleich verdoppelt und auf eine milliarden schwere Maximalvariante*

### *Partikularinteressen vor Allgemeinwohl*

*aufgestockt. Zwar ging es bei dem Vorhaben ursprünglich nicht um regionale Interessen, sondern um die Herstellung von schnellen Verbindungen mit dem Ausland. Unheilige regionalpolitische Allianzen haben nun dazu geführt, dass unter dem Titel «Anschlüsse an das europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz» Gelder gesprochen wurden, die zwar dem Binnenverkehr dienen, mit HGV-Anschlüssen aber reichlich wenig zu tun haben. Im regionalpolitischen Rausch hat es das Parlament versäumt, verkehrspolitische Prioritäten zu setzen und Investitionen auf ihren Nutzen zu hinterfragen. Nicht nur verkehrs-, sondern auch finanzpolitisch lässt sich der tiefe Griff in die (leere) Staatskasse nicht rechtfertigen. Zu bezahlen haben das Ganze die kommenden Generationen. Après nous le déluge!*

@ rudolf.ramsauer@economieuisse.ch

## Ja zum Klimaschutz – Nein zur Kyoto-untauglichen CO<sub>2</sub>-Abgabe

**Zusammen mit mehr als 50 Organisationen und Verbänden unterstützt economieuisse die Ziele zum Klimaschutz, sagt aber Nein zu einer CO<sub>2</sub>-Abgabe, die Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze gefährdet und nicht genug dazu beiträgt, die gesetzten Ziele fristgerecht einzuhalten.**

Das Kyoto-Protokoll verpflichtet die Industrieländer, ihre Emissionen von sechs Treibhausgasen, darunter CO<sub>2</sub>, zu reduzieren. Die Schweiz soll ihre Emissionen zwischen 2008 und 2012 gegenüber 1990 um acht Prozent senken. Die Schweiz hat sich in Bezug auf den Klimaschutz vorbildlich verhalten und als erstes Land mit einem CO<sub>2</sub>-Gesetz eine gesetzliche Grundlage mit einem quantifizierten Ziel geschaffen. Diese Vorreiterrolle hat aber den Nachteil mit sich gebracht, dass das CO<sub>2</sub>-Gesetz wichtige Weiterentwicklungen des Kyoto-Protokolls nicht genügend nachvollziehen konnte, insbesondere die Nutzbarmachung der Instrumente zum Klimaschutz in den Entwicklungsländern. Gegenüber der EU steht die Schweiz ebenfalls im Abseits. Während die EU ein internes Emissionshandelssystem eingeführt hat und im Wesentlichen nur die ganz grossen Emittenten in die Pflicht nimmt, würde sich die



V.l.n.r.: Peter Holinger, Unternehmer; Georges Spicher, Direktor cemsuisse; Daniel Burki, Präsident der Kommission für Energie und Umwelt von economieuisse; Rudolf Ramsauer, Direktor economieuisse.

Schweiz mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe einen steinigen und teuren Weg aufbürden und auch mittlere und kleine Verbraucher belasten. Mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe stünde die Schweiz heute weltweit alleine da. Ein solcher Alleingang hätte grosse volkswirtschaftliche Kosten zur Folge.

### **Grosse Nachteile einer CO<sub>2</sub>-Abgabe**

economieuisse steht zu den Zielen der Klimapolitik und zum CO<sub>2</sub>-Gesetz. Die Wirtschaft ist bestrebt, die Ziele gemäss CO<sub>2</sub>-Gesetz und gemäss Kyoto-Protokoll einzuhalten. Gerade deshalb und mit Blick auf den knapp bemessenen Zeitrahmen müssen die Möglichkeiten der freiwilligen Massnahmen noch stärker genutzt werden. Bei einem Vergleich der Umsetzungszeit, die

uns mit Einführung des Klimarappens oder einer CO<sub>2</sub>-Abgabe bis zum Ziel 2010 bzw. 2012 zur Verfügung steht, ist das Urteil eindeutig. Nur mit dem Klimarappen können wir bedeutende Klimaschutzmassnahmen tätigen, um diese Ziele tatsächlich zu erreichen. Bei einer CO<sub>2</sub>-Abgabe müsste die Vorlage noch einmal ins Parlament. Das Inkrafttreten der Abgabe wäre daher nicht vor 2008 möglich. Innerhalb der verbleibenden zwei bis vier Jahre kann eine solche Abgabe realistischerweise nicht die beabsichtigte Lenkungswirkung erzielen.

### **Klimarappen ist das geeignete Instrument**

Der Klimarappen ist eine freiwillige Massnahme der Wirt-

Fortsetzung auf Seite 2

### **Schwerpunktthema**

Studie über die Vorbereitungen von fünf internationalen Spitzenuniversitäten auf die Herausforderung der Wissensgesellschaft. Seite 2 ▶

### **Brüssel aktuell**

economieuisse Brüssel berichtet über die EU-Strommarktliberalisierung, die REACH-Gesetzgebung und das Wachstum in Europa. Seite 4 ▶

### **KMU-Porträt**

Funktionelles Design und Tradition: Seit über sechzig Jahren produziert und exportiert die Tessiner Firma Outils Rubis SA Präzisions-Pinzetten. Seite 5 ▶

### **Grosses Sparpotenzial**

Mit geringen Investitionen können Firmen in Zusammenarbeit mit EnAW-Experten grosse Einsparpotenziale realisieren. Seite 6 ▶

# Vorbereitung auf Wissensgesellschaft

**Die Kommission für Wissenschaft und Forschung von economiesuisse hat eine Studie herausgegeben, die zeigen soll, wie fünf internationale Spitzenuniversitäten sich auf die Herausforderung der Wissensgesellschaft vorbereiten.**



V.l.n.r.: Johannes Randerger, Nationalrat; Walter Steinlin, CTO Swisscom AG; Andreas Steiner, Präsident der Kommission für Wissenschaft und Bildung von economiesuisse, CEO Belimo Holding AG; Rudolf Walser, Chefökonom economiesuisse; Fredy Müller, Leiter Öffentlichkeitsarbeit economiesuisse.

Ziel der Studie war es, anhand ausgewählter Merkmale allenfalls Erkenntnisse für die Gestaltung des schweizerischen Hochschulsystems zu gewinnen. Als Vergleichskriterien dienten dabei Leitungs- und Entscheidungsstrukturen, die Finanzierung der Hochschulen, die Zugangsbedingungen bzw. die Selektion der Studierenden, die Schwerpunkte in der Forschung sowie die Beziehungen zu Politik und Wirtschaft.

## Erfolgsfaktoren der Spitzenuniversitäten

Bei den untersuchten Hochschulsystemen zeigen sich trotz Unterschieden zahlreiche Gemeinsamkeiten:

- Die zunehmende Autonomie der untersuchten Universitäten bedeutet grössere planerische und strategische Handlungsspielräume, eigene Entscheidungsbefugnisse in Lehre und Forschung sowie umfassende Kompetenzen im Personal- und Finanzbereich. Parallel dazu verläuft die Ablösung der Input- durch die Outputsteuerung, verbunden mit vermehrten Ex-post-Leistungskontrollen sowie einer verstärkten Pflicht zur Rechenschaftslegung gegenüber Staat und Gesellschaft.
- Die Führungsorganisation zeichnet sich durch stärkere Leitungspositionen und ein Zurückdrängen von Kollegialorganen aus. Neben den unterschiedlichen Traditionen und Kulturen zeigt es sich, dass die Entwicklung einer Hochschule immer auch pfadabhängig ist.

- Die Finanzierung der Universitäten durch staatliche Beiträge ist sehr unterschiedlich: 33 Prozent (University of California), 70 Prozent (Universität Utrecht). Die Studiengebühren stellen eine wichtige Einnahmequelle dar. Die Bandbreite reicht von 600 US\$ (Tsinghua University) bis zu 5000 US\$ pro Jahr (University of California). Gleichzeitig verfügen alle Universitäten über ein gut ausgebautes Stipendien- und Darlehenswesen.

- Die Selektion der Studierenden ist im Allgemeinen sehr streng. Grundsätzlich besteht das Ziel, die «besten» Köpfe einer Alterskohorte für die eigene Universität zu gewinnen.

- Die globale Vernetzung der Universitäten sowie vermehrte Forschungsk Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen spielen eine immer wichtigere Rolle.

- Die Qualitätssicherung für Lehre und Forschung wird immer wichtiger.

## Schlussfolgerungen für die Schweiz

Die Schweiz braucht eine Bildungsphilosophie, die auf Freiräume für die Universitäten, Eigeninitiative, Eigenverantwortung und Wettbewerb setzt. Daraus ergeben sich folgende Schlussfolgerungen für die Hochschulpolitik:

1 Universitäten brauchen Selbstständigkeit. Das gilt insbesondere für die Nachwuchsförderung. Die Politik soll sich auf die wichtigsten

hochschulpolitischen Rahmenbedingungen konzentrieren wie Regelung der Zugangsbedingungen, Anerkennung der Titel, Qualitätssicherung und einheitliche Basisfinanzierung.

2 Gute Köpfe machen eine gute Universität aus, was die Freiheit bei der Auswahl von Professoren und Studierenden impliziert. Universitäten sollen sich ihre Studierenden selbst aussuchen können, und Studierende wählen ihre Universitäten frei. Die Universitäten erhalten das Recht, autonom Professoren zu berufen und eigene Anstellungs- und Besoldungsbedingungen festzulegen.

3 Wenn die Studiengebühren erhöht werden, entscheiden die Hochschulen in eigener Regie über deren Verwendung, ohne dass der Staat seine Finanzierungsmittel reduziert. Die zusätzlichen Einnahmen sind zur Qualitätssteigerung der Lehre einzusetzen. Mit einem Darlehenssystem ist sicherzustellen, dass Studiengebühren Studierfähige aus finanziellen Gründen nicht vom Studium abhalten.

4 Bildung und Forschung gehören zu den vorrangigen Aufgaben des Staates. Zu diesem Zweck müssen sich die Haushaltsprioritäten von Bund und Kantonen entsprechend verändern, was einen Umbau der staatlichen Ausgabenstruktur erfordert.

Gute Corporate Governance im Hochschulsystem heisst Nachdenken über die Rolle, Funktionsweise und Organisation der Hochschulen

zieren und daraus, konform mit dem Kyoto-Protokoll, Emissionsgutschriften für die Schweiz zu generieren.

Für die Schweiz hätte dies auch die positive Seite, dass in der Schweiz hergestellte Effizienztechnologie exportiert werden könnte und auch hier zur

Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen beiträgt, statt wie mit der CO<sub>2</sub>-Abgabe diese zu gefährden. Selbstverständlich unterliegen solche Investitionen den hohen Anforderungen gemäss dem Kyoto-Protokoll.

@ urs.naef@economiesuisse.ch

## Seminar zur Revision der ERA 500



Eine der wichtigsten Aufgaben der ICC besteht darin, weltweit den Handelsverkehr zu erleichtern und zur Entwicklung des internationalen Handels beizutragen. Darum veröffentlicht ICC unter anderem Regeln zum Handels- und Zahlungsverkehr wie zum Beispiel die Einheitlichen Richtlinien und Gebräuche für Dokumenten-Akkreditive (ERA 500).

Um den Entwicklungen im Dokumentarkreditgeschäft Rechnung zu tragen, hat sich die ICC-Bankenkommission entschieden, die ERA 500 mit einer Revision an die aktuelle Lage anzupassen.

Im Rahmen ihres Tätigkeitsprogramms und um konkreten Bedürfnissen der Mitglieder zu entsprechen, organisiert ICC Switzerland am Mittwoch, 30. März 2005, in Zürich ein Seminar zu diesem Thema. Drei Experten aus der ICC-Kommission «Banking, Technique and Practice», René Müller von der Credit Suisse, Daniel Nüesch von der UBS und Urs Suter von der Zürcher Kantonalbank, werden in Englisch sowohl die Gründe der Revision der ERA 500 sowie die Entwicklungen im Dokumentarkreditumfeld vorstellen.

Auskünfte und Anmeldungen:

@ info@icc-switzerland.ch

im gesellschaftlichen Ganzen. Die derzeitigen unklaren Schnittstellen und Doppelspurigkeiten in der Leitungs- und Kontrollstruktur in unserem Hochschulsystem sind rasch zu beseitigen.

@ rudolf.walser@economiesuisse.ch

## JAHRES-MEDIENKONFERENZ

Die Jahresmedienkonferenz 2005 von economiesuisse findet am Montag, 25. April, 10.00 bis 11.30 Uhr bei economiesuisse, Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich, statt.

Fortsetzung von Seite 1

schaft im Sinne des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Mit dem Klimarappen wird keine Lenkungswirkung beim Verbraucher angestrebt. Vielmehr sollen die Mittel dazu dienen, in Schwellen- und Entwicklungsländern Klimaschutzmassnahmen zu finan-

# Zwangsausgaben überschreiten 50-Prozent-Marke des BIP

Die Staatsausgaben der Schweiz werden oft als «im internationalen Vergleich sehr bescheiden» beschrieben. Diese Bewertung beruht indessen auf einer selektiven Erfassung der Ausgaben der öffentlichen Hand.

Gemäss der OECD-Definition der Staatsquote werden nur die Ausgaben der öffentlichen Verwaltungen berücksichtigt, welche ihre Aufwendungen mit obligatorischen Beiträgen finanzieren. Dieses Kriterium schliesst privatrechtliche Einrichtungen, die obligatorische

Beiträge einfordern, aus der Statistik aus.

Die enge Definition der Staatsquote hat für die Schweiz besonders weitreichende Konsequenzen: In unserem System werden mehrere Kategorien von Pflichtbeiträgen direkt an privatrechtliche Einrichtungen geleistet. Mit dem substanziellen Einsatz dieser Finanzierungsart steht die Schweiz im internationalen Vergleich sogar als Ausnahme da. Die wichtigsten Beispiele sind die Ausgaben für die berufliche Vorsorge (31 Mrd. Franken), die Krankenversicherung (12,7 Mrd. Franken) und die Familienzula-

gen (4,6 Mrd. Franken). Das Ausklammern dieser Aufwendungen hat zur Folge, dass insgesamt an die 53 Mrd. Franken, d.h. zwölf Prozent des BIP, in der offiziellen Staatsquote gar nicht erfasst werden.

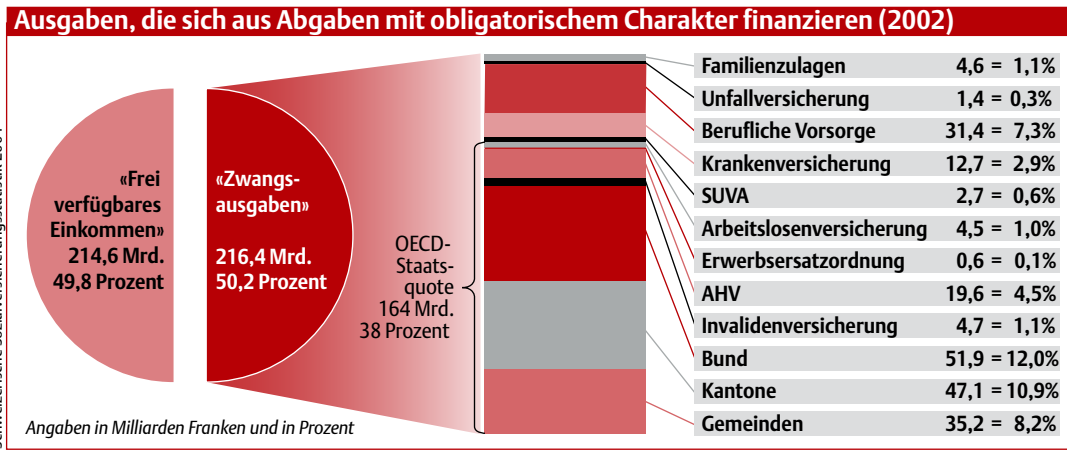
Wenn nämlich alle durch obligatorische Beiträge finanzierten Ausgaben in die Staatsquote einfließen, klettert diese für das Jahr von 38 Prozent auf 50,2 Prozent und erreicht damit einen neuen Rekordwert. Mit Staatsausgaben von über 50 Prozent des BIP macht die Schweiz im internationalen Vergleich «eine schlechte Figur».



V.l.n.r.: Andreas Rüegg, Lernzentren LfW (Esprix-Award), Bundesrat Christoph Blocher, Peter Staub, pom+Consulting AG, (Preis für Innovation mit Partnern & kontinuierlichem Lernen), Alain Riedo, Maxwell Technologies SA (Preis für Mitarbeiterentwicklung und -beteiligung).

## Verleihung des Esprix-Award

Am 24. Februar 2005 wurde in Luzern der diesjährige Esprix-Award, der Schweizer Qualitätspreis für Business Excellence verliehen. Der Preis gehört zu den begehrtesten Unternehmerpreisen in der Schweiz. Die Esprix-Experten untersuchen die Unternehmen anhand von 32 Einzelkriterien. «Wer so genau durchleuchtet wird», meint Esprix-Geschäftsführer Heinz Liedtke, «gehört schon deshalb zu den Gewinnern, weil er einen ausführlichen Feedback-Bericht erhält, der mehr Wert ist als manche Beraterstudie.» Der Preis ging dieses Jahr an die Lernzentren LfW in Baden, ein Pionierbetrieb in der modernen Lehrlingsausbildung, dem bereits 64 Firmen angeschlossen sind, u.a. auch ABB. Das innovative Lehrlingsausbildungsmodell wird auch anderswo erfolgreich angewendet.



Quellen: EFD, Öffentliche Finanzen der Schweiz 2004, Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2004

Wenn nämlich alle durch obligatorische Beiträge finanzierten Ausgaben in die Staatsquote einfließen, klettert diese für das Jahr 2002 von 38 Prozent auf 50,2 Prozent und erreicht damit einen neuen Rekordwert.

# Luftverkehrsbericht braucht griffige Umsetzung

Der neue bundesrätliche Bericht über die schweizerische Luftfahrtspolitik legt die notwendigen Koordinaten fest für eine schweizerische Luftfahrtpolitik im Interesse unseres Landes. Die Wirtschaft begrüsst den Bericht grundsätzlich.

Luftverkehr ist von fundamentaler Bedeutung für die Schweiz und ihren Wohlstand. economie-suisse begrüsst deshalb den neuen bundesrätlichen Bericht zur schweizerischen Luftfahrtpolitik. Die grundsätzlich positive Beurteilung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass zur Konkretisierung der aufgezeigten Ziele zahlreiche Detailprobleme zu lösen sind. Erst wenn hier gangbare

Lösungen gefunden sind, kann die Schweiz ihre Stellung im internationalen Luftverkehr wahren. Aus Wirtschaftssicht sind namentlich folgende Eckpunkte wichtig:

## Internationale Direktverbindungen

Für die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz ist die direkte Anbindung an die europäischen und aussereuropäischen Zentren entscheidend. Die Forderung nach bestmöglicher Anbindung der Schweiz an die europäischen und weltweiten Zentren ist im Bericht zur Luftfahrtpolitik zu konkretisieren. Direktverbindungen bedingen zwingend Anschlussbeziehungen und damit einen Landesflughafen mit Drehscheibenfunktion.

## Home Carrier

Erfahrungen zeigen, dass ohne Home Carrier ein Grossteil der direkten interkontinentalen Verbindungen ersatzlos wegfallen würde. Andere Gesellschaften sind in erster Linie bestrebt, Verkehr auf ihre Hubs zu leiten.

## Verschärfter Wettbewerb

Es ist Aufgabe des Bundes, international konkurrenzfähige Rahmenbedingungen zu schaffen, die es der Schweizer Luftfahrt erlauben, im verschärften internationalen Wettbewerb zu bestehen.

## Verwendung eines Luftfahrtfonds

Die Erträge aus der fiskalischen Belastung des Treibstoffs im schweizerischen Binnenluftver-

kehr, namentlich der Anteil an die Nationalstrassenabgabe, sollen künftig in einen Luftfahrtfonds fließen und zweckgebunden für die Luftfahrt verwendet werden. (Umweltschutz-, Security- und Safety- sowie Infrastrukturmassnahmen im Luftverkehr).

## Bundeskompentzen

Eine Verstaatlichung oder vollständige Übernahme der Trägerschaft der Landesflughäfen ist abzulehnen. Das bisherige System hat sich grundsätzlich bewährt. Notwendig sind stattdessen die Wahrnehmung der bestehenden Kompetenzen und eine konsequente, klare Luftfahrtpolitik des Bundes.

regina.hunziker@economie-suisse.ch

# Registrierungsverfahren für chemische Stoffe (REACH)

**Das REACH-Projekt, das gegenwärtig im Europäischen Parlament erörtert wird, soll ein hohes Niveau an Umwelt- und Verbraucherschutz sowie die Effizienz des Binnenmarktes gewährleisten.**

REACH betrifft aber nicht nur den Chemiesektor, sondern auch die Benutzer und spielt deshalb für die gesamte europäische Volkswirtschaft eine entscheidende Rolle. Im Vorfeld der ersten Parlamentsbeschlüsse weist REACH jedoch noch gravierende Mängel auf. Nach heutiger Sachlage würde die Umsetzung des Projekts die Forschung und Entwicklung beeinträchtigen, die Produktauswahl begrenzen, den Zugang zu Grundstoffen einschränken und letztlich die Investitionen in der Europäischen Union bremsen.

**Wettbewerbsfähigkeit erhalten**  
Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, sollte der geplante

Rechtsakt effizienter, weniger kostenaufwändig und praktikabler ausgestaltet werden. REACH sollte sich auf die Kernpunkte der Risikobewertung und der Evaluation von chemischen Stoffen konzentrieren. Das würde dem System grössere Effizienz verleihen und Überlappungen bzw. Widersprüche mit den geltenden Gesetzen vermeiden. Der Europäische Dachverband der Wirtschaft (UNICE), der sich sehr für die Thematik engagiert, teilt zwar die Ziele des Projekts, verlangt aber nachdrücklich einen pragmatischeren Ansatz. UNICE fordert insbesondere,



REACH schwächt die Stellung Europas in der Forschung.

den Geltungsbereich auf echte Chemikalien zu begrenzen, risikobasierte Prioritäten zu setzen, die Kriterien für die betroffenen Stoffe zu überarbeiten und die Kommunikation in der gesamten Versorgungskette zu vereinfachen. economiesuisse teilt den Standpunkt von UNICE und unterstützt die Arbeit des Verbands in der Meinungsbildung.

## Mit Argusaugen verfolgen

Die Auswirkungen des europäischen Rechtsaktes sollten in der Schweiz aus zwei Gründen mit Argusaugen verfolgt werden: erstens wegen der Folgen für die europäischen Tochtergesellschaften von Schweizer Unternehmen, zweitens mit Blick auf die Annahme des neuen Chemikaliengesetzes (Parchem) und die etwaige gegenseitige Anerkennung der Chemiegesetzgebung zwischen der Schweiz und der EU.

Informationen zu REACH:



<http://europa.eu.int/comm/environment/chemicals/reach.htm>



Florent Roduit,  
Delegierter in Brüssel

## EU im Zeichen der Wirtschaftsbelebung, des Wachstums und der Beschäftigung

*Mehr Wachstum, mehr Beschäftigung: Diese klipp und klar definierten Ziele will die neue Europäische Kommission entschlossen ansteuern, um die Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen. Allerdings zeigt die Halbzeitbilanz der Lissabonner Strategie, die die EU bis 2010 zum wettbewerbsstärksten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt machen soll, dass die bisherigen Fortschritte nicht ausreichen. Mit einer Wirtschaftsleistung von 4,4 Prozent weisen die USA einen deutlichen Vorsprung vor der Eurozone (1,8 Prozent) auf. Europa verzeichnete in den letzten zehn Jahren regelmässig niedrigere Produktivitätsniveaus als seine Hauptkonkurrenten. Der Europäische Dachverband der Wirtschaft UNICE hat den neuen Elan der Kommission begrüsst und wird ein Auge darauf haben, dass das vorgeschlagene Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Zielen nicht zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen umkippt. Das Programm der Kommission ist erwartungsgemäss ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Angesichts der Kräfteverhältnisse ist damit zu rechnen, dass die Kommission ihre Ambitionen herunterschraubt und dass der Wiederbelebnungsplan schliesslich weniger energisch umgesetzt wird als eigentlich geplant. Nichtsdestotrotz ist in Europa eine neue Dynamik in Gang gekommen. Die Mitglieder setzen die neue Prioritätensetzung in die Praxis um. Der bereits lebhaftere Wettbewerb unter den Produktionsstandorten wird sich sowohl EU-intern wie auch gegenüber Drittländern noch verschärfen. Es ist entscheidend, dass die Schweiz diese Entwicklung erkennt und die notwendigen Schlussfolgerungen hinsichtlich der Rahmenbedingungen zieht.*

# Wenig Fortschritte in der EU-Strommarktliberalisierung

**Der neueste Zwischenbericht der Europäischen Kommission zeigt, dass der Schaffung eines Binnenmarktes für Strom noch ein langer Weg bevorsteht.**

Sowohl der Wettbewerb in den Mitgliedsstaaten als auch der grenzüberschreitende Stromhandel innerhalb des EU-Binnenmarktes entwickeln sich nicht nach den Vorstellungen der Kommission. Dies hält der kürzlich erschienene vierte Jahresbericht zur Verwirklichung des Strom- und Erdgasbinnenmarktes fest. In den skandinavischen Ländern und Grossbritannien seien die Fortschritte jedoch ermutigend. Auch der erzielte Produktivitätszuwachs der Energieunternehmen ist positiv hervorzuheben. Viele Mitgliedstaaten hätten die EU-Richtlinien zum Strom- und

Gasmarkt, die bis Juli 2004 hätten implementiert sein sollen, noch immer nicht umfassend umgesetzt. Da die Mitgliedstaaten ihre Verantwortung bei der Gestaltung der Marktstruktur nur ungenügend wahrnehmen würden, seien die Elektrizitätsmärkte in zu vielen Mitgliedsstaaten noch von ein oder zwei Unternehmen beherrscht. Dies zeige sich auch in der mangelnden Preiskonvergenz: Zwischen Lettland und Italien seien nach wie vor Preisunterschiede von 100 Prozent vorhanden.

## Marktzugang Dritter weiterhin schwierig

Bei der Entflechtung der Netzbetreiber sowie der Einführung des geregelten Netzzugangs Dritter seien zwar viele Fortschritte erzielt worden. Nach wie vor gäbe es aber bestimmte Aspekte, die

nicht zufriedenstellend seien. Besonders kritisch erachtet die Kommission das Fortbestehen regulierter Endverbraucherpreise für Strom und Gas parallel zum liberalisierten Markt. Interessant ist die Erkenntnis, dass ein unabhängiger Betreiber des Übertragungsnetzes einen wesentlichen Beitrag zu einem funktionierenden Strommarkt leiste. Die EU hat gegenüber der Schweiz Interesse an einem Abkommen zur gegenseitigen Liberalisierung der Strommärkte bekundet. Die Schweiz wäre gut beraten, im Zuge der laufenden Erarbeitung des Strommarktgesetzes einen wichtigen Beitrag zur Schaffung des EU-Strombinnenmarktes beizutragen.

Bericht zum Strombinnenmarkt:



[http://europa.eu.int/comm/energy/electricity/benchmarking/doc/4/com\\_2004\\_0863\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/energy/electricity/benchmarking/doc/4/com_2004_0863_de.pdf)

# Funktionelles Design und Tradition

Seit über sechzig Jahren produziert und exportiert die Firma Outils Rubis SA Präzisions-Pinzetten in die ganze Welt. Die Pinzetten werden in der Uhren- und Elektronikindustrie, aber auch in Labors, Medizin und Kosmetik verwendet. Rubis ist auf ihrem Gebiet international führend.



Fides Baldesberger

Outils Rubis SA wurde in den 40er Jahren als Zulieferer für die Schweizer Uhrenindustrie gegründet. Der Name Rubis kommt von den ersten Präzisions-Pinzetten, welche zum Einsetzen von Rubinen ins Uhrwerk der wichtigsten Uhrenmarken gebraucht wurden. Die internationale Entwicklung im elektronischen Bereich, das technische Know-how und die langjährige Erfahrung mit Präzisionsprodukten machten Rubis zum Hoflieferanten grosser Kunden wie Motorola, Siemens, General Electric, IBM, Hewlett Packard, NEC und Toshiba. Das handwerkliche Können und die Fähigkeit, Innovation und industrielle Funktionalität des Designs zu kombinieren, bewirken, dass Outils Rubis auch Lieferantin für Branchen wie Biogenetik, Weltraumindustrie, Computer, Robotertechnik und Chirurgie wurde.

Die Automatisierung der Produktion ist wichtig, aber schliesslich ist es das traditionelle Handwerk, welches den hohen Qualitätsstandard bestimmt. Jedes Produkt wird am

Ende unter der Lupe kontrolliert.

## «Made in Switzerland»

«Made in Switzerland ist weltweit immer noch ein wichtiges Gütesiegel», sagt Fides Baldesberger, Verwaltungsratspräsidentin und Geschäftsführerin von Outils Rubis SA. Eine der Stärken der Firma ist die Qualität des Industriedesigns. Outils Rubis besonderer Sinn für Qualität, Präzision und Spezialanfertigung kommt besonders dann zum Tragen, wenn Pinzetten nach den Wünschen der Kunden gefertigt werden sollen. Der Markt trägt diesem Mehrwert Rechnung. Parallel zur Produktion in der Industrie hat die Tessiner Firma im Laufe der Jahre

ihre Know-how für eine Linie im Bereich der Luxus-Konsumgüterindustrie eingesetzt.

Der Absatz der Produkte verteilt sich gleichmässig auf Nordamerika, Europa und Asien. Während in der Kosmetikbranche Deutschland der grösste Konkurrent ist, sind im industriellen Sektor andere europäische Länder und Indien die wichtigsten Konkurrenten.

## Zertifizierung SA 8000 und ISO 9001

Outils Rubis ist ISO-9001-zertifiziert. Als eines der ersten Industrieunternehmen der Schweiz hat Rubis auch die Zertifizierung von SA 8000 (Social Accountability) erhalten. Rohstoffe, primär Stahl,



Techno-Pinzetten mit Polymerspitzen.

kommen aus Europa und aus Entwicklungsländern. Mit der Zertifizierung von SA 8000 verpflichtet sich die Firma, hohe Standards gegenüber ihren Mitarbeitenden und den Lieferanten einzuhalten. Standards wie etwa gerechte Entlohnung und faire Arbeitsbedingungen. «Das Verhältnis mit unseren Mitarbeitern ist uns ganz wichtig», sagt Fides Baldesberger: «Darum sind wir offen für Ideen und Vorschläge unserer Mitarbeiter. Aber wir erwarten nicht nur Ideen sondern auch Lösungen.»

## Neue Materialien

Nicht nur das Design, mit dem Outils Rubis bisher erfolgreich war und weltweit über zehn Auszeichnungen erhalten hat, auch das Experimentieren mit neuen Materialien hat an Bedeutung gewonnen. Die Firma besitzt in verschiedenen Ländern auf der ganzen Welt achtzehn Muster- und Design-Eintragungen, Gebrauchsmuster und Patente.

## Globale «Corporate Identity»

«Trotz starker Konkurrenz bleiben Präzision und Qualität der Schweizer Produkte entscheidende Standortfaktoren», unterstreicht Fides Baldesberger. Darum kommt der globalen «Corporate Identity» der Firma grosse Bedeutung zu. Diese «Corporate Identity» schlägt sich in den Produkten (funktionelles Design), in der Firmenkultur (Zertifizierungen SA 8000 und ISO 9001) bis zu den Büro- und Produktionsräumen nieder. Ganz auf dieser Linie liegt auch die Architektur des neuen Fabrikgebäudes in Stabio, das sich durch seine einfachen, klaren Linien und die zeitgenössischen Materialien auszeichnet.



Die «Corporate Identity» umfasst Produkte, Firmenkultur, Büro- und Produktionsräume.



## Drei wirtschaftspolitische Wünsche

**1** Im Tessin fehlen vor allem Ressourcen qualifizierter Arbeitskräfte und Firmen. Für grosse oder anspruchsvolle Projekte bleibt nur der Weg in die Deutschschweiz oder in die Lombardei. Zudem fehlt dem Tessin die Industriekultur.

**2** Die Verbindungen zwischen dem Tessin und der übrigen Schweiz sind ein wunder Punkt. Die Verkehrsverbindungen, namentlich Strassen-, Bahn- und Flugverbindungen, sind ungenügend.

Der Kanton Tessin kann hier seine Brückenfunktion zwischen dem Wirtschaftszentrum Zürich und der Lombardei nicht richtig wahrnehmen.

**3** Vor dem Hintergrund der starken internationalen Konkurrenz sind mässige Steuern, eine vernünftige Staatsquote, eine Vereinfachung der Gesetze und Formalitäten unabdingbare Standortfaktoren, damit heute in der Schweiz eine industrielle Tätigkeit ausgeübt werden kann.



[www.rubis-swiss.ch](http://www.rubis-swiss.ch)

# Wachsende Pflanzen trotz sinkendem Verbrauch

Die Hydroplant AG ist seit März letzten Jahres Mitglied der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW), bei der sie der Benchmark-Modell-Gruppe Gewächshäuser angehört.

Die Hydroplant AG kultiviert in ihrer Treibhausanlage in Gossau ZH auf 4000 Quadratmetern über 200 verschiedene Hydrokultur-Pflanzenarten aus allen Klimazonen. Die Pflanzen werden direkt aus dem Gewächshaus zum Verkauf angeboten, können aber auch via Internet bestellt werden. Als Generalunternehmen für ein besseres Raumklima bietet die Hydroplant AG ihren Kunden umfangreiche Dienstleistungen von der Planung der Innenbegrünung bis zur Pflege der Pflanzen an.

In Zusammenarbeit mit einem EnAW-Spezialisten wurden in den letzten Monaten Einsparpotenziale in den Betriebsabläufen eruiert. Fündig wurde man bei der Bewässerung der Hydrokulturen und der Beleuchtung der Gewächshäuser. Die Bewässerung läuft über vier Pumpen mit einer Leistung von insgesamt 13 kW. Die Pumpen sind rund um die Uhr in Betrieb und verbrauchen 65 Prozent des gesamten Elektrizitätsbedarfes des Unternehmens. Es hat sich sehr bald gezeigt, dass eine Reduktion der Pumpenlaufzeit die wirkungsvollste Massnahme für mehr Energieeffizienz darstellt. Nach eingehenden Abklärungen mit dem Hersteller der Bewässerungsanlage und den Pflanzenbauspezialisten konnte die Laufzeit nun um insgesamt 25

Hydrokulturen im Gewächshaus in Gossau.



Prozent reduziert werden. Die Beleuchtung der Gewächshäuser ist für 20 Prozent des Gesamtverbrauchs verantwortlich. Bewegungsmelder sollen auch hier eine Laufzeitreduktion bringen.

## Die EnAW als wichtiger Know-how-Träger

Mit dem geringen Investitionsvolumen von 7000 Franken können so jährlich rund 37 MWh Elektrizität eingespart werden. Die Pay-back-Zeit wurde auf zwei Jahre berechnet.

Geschäftsführer Peter Küderli ist sich bewusst, dass es Zeit braucht, um die Energieeffizienz zu verbessern und die eruierten Schwachstellen schliesslich ganz zum Verschwinden zu bringen. Wichtig ist für ihn in erster Linie das Festlegen von Zielen, an denen er sich in Zukunft orientieren kann. Küderli erachtet dabei die Zusammenarbeit mit der EnAW als sehr wichtig, um die in all den Jahren entstandene Betriebsblindheit zu überwinden und die Energieeffizienz wieder neu zu überdenken.

## Impressum

**Herausgeber:** economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen; **Verantwortliche Redaktion:** Regina Hunziker-Blum; **Adresse:** Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich, Tel. 044 / 421 35 35, Fax 044 / 421 34 34, E-Mail: regina.hunziker@economiesuisse.ch, Web: www.economiesuisse.ch; **Adressänderungen:** marianne.baer@economiesuisse.ch; **Erscheinungsweise:** monatlich; **Gestaltung:** Layout88 GmbH, 8008 Zürich; **Druck:** Herbstdruck AG, 8032 Zürich

## Dokumentation

- «Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik – Internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz».** Erhältlich in Deutsch und Französisch. Fr. 40.– + MwSt./Porto oder gratis Download über [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)
- «newsletter»** Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement gratis.
- «Zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG).»** Für weniger Regulierung und mehr Wettbewerb in der Verbreitung. Positionspapier. Juni 2003. Gratis.
- «Swiss Code of Best Practice»** Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Gratis.
- Bilaterale Abkommen Schweiz – Europäische Union (EU)** «dossierpolitik spezial». Ausdehnung der Personenfreizügigkeit und die neun Dossiers der Bilateralen II. Gratis.
- «Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2004»** Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter. Fr. 50.– + MwSt./Porto.
- Portrait economiesuisse** Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele sowie Organisation des Verbands. Gratis.
- «Steuerkonzept»** Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.–.
- «ausgabenkonzept»** Diskussionsplattform der Wirtschaft zu den öffentlichen Finanzen. Fr. 30.– + MwSt./Porto oder gratis Download über [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)
- Schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik** Perspektiven bis 2007. Gratis.
- Karl Hofstetter: «Corporate Governance in der Schweiz»** Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Fr. 40.– + MwSt./Porto.
- «E-Mail-Service»** Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.
- «dossierpolitik», Pressedienst** Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.

## Vernehmlassungen

**11. März 2005**  
Parlamentarische Initiative 03.545s, Bürgerrechtsgesetz – Änderung  
*Kontakt:* [thomas.pletscher@economiesuisse.ch](mailto:thomas.pletscher@economiesuisse.ch)

**15. April 2005**  
Erläuternder Bericht über die Umsetzung der revidierten Empfehlungen der Groupe d'action financière sur la lutte contre le blanchiement de capitaux  
*Kontakt:* [thomas.pletscher@economiesuisse.ch](mailto:thomas.pletscher@economiesuisse.ch)

**30. April 2005**  
Bericht und Vorentwürfe über die Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzbuches betreffend die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Provider und die Kompetenzen des Bundes bei der Verfolgung strafbarer Handlungen mittels elektronischer Kommunikationsnetze (Netzwerkriminalität)  
*Kontakt:* [thomas.pletscher@economiesuisse.ch](mailto:thomas.pletscher@economiesuisse.ch)

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34


Bestellung       Adressänderung

\_\_\_\_\_ Firma

Name \_\_\_\_\_ Strasse

Vorname \_\_\_\_\_ PLZ/Ort

Funktion \_\_\_\_\_ E-Mail

 Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei [economiesuisse.ch](http://economiesuisse.ch) anfordern.